

„Gesellschaftliche Mehrheiten für gerechte GAP organisieren“

Interview mit Martin Häusling, für die Grünen wiedergewählter Bauer im EU-Parlament

Unabhängige Bauernstimme: Wird aus Ihrer Sicht der persönliche Erfolg, für weitere fünf Jahre ins EU-Parlament gewählt worden zu sein, getrübt – zum einen durch die hohen Verluste der Grünen wie auch das Erstarken der Rechten und zum anderen durch den Rollback in der EU-Agrarpolitik der vergangenen Monate?

Martin Häusling: Persönlich bin ich froh, wiedergewählt worden zu sein. Aber natürlich hatten wir uns als grüne Partei ein anderes Ergebnis vorgestellt. Verluste waren absehbar, aber nicht in diesem Umfang erwartet. Der Rechtsruck wird die europäische Politik schwerwiegend belasten, da die Rechten Klima- und Umweltfragen entweder ignorieren oder keinen Handlungsbedarf sehen. In dieser Hinsicht sind sich alle Rechten in Europa einig. Der Rollback in der EU-Agrarpolitik der letzten Monate bedeutet, dass wir wieder über die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) verhandeln müssen. Die Ausgangslage ist nun ungleich schlechter. Ob wir zu neuen Ansätzen kommen, wie sie auch von der AbL gefordert werden, ist fraglich, aber wir werden weiterhin für Mehrheiten kämpfen.

Wesentliche Teile des Green Deal wurden schon vor der EU-Wahl zurückgestellt. Was war aus Ihrer Sicht dabei besonders schmerzhaft?

Besonders schmerzhaft war, dass die Pestizidreduktionsverordnung SUR völlig vom Tisch gewischt wurde. Das Gesetz zur Wiederherstellung der Natur (Nature Restoration Law) wurde stark abgeschwächt und nach kontroversen Debatten verspätet verabschiedet. Nicht zuletzt wurde die, wenn auch nicht ausreichende, „grünere“ Ausrichtung der Agrarpolitik gestrichen. Insgesamt wurden die schon schwachen Biodiversitätsziele noch einmal zurückgeschraubt, obwohl europaweit die Artenvielfalt weiter bedrohlich abnimmt.

Grüne wie auch die AbL haben Konzepte für die GAP nach 2027 entwickelt, die eine Ökologisierung der gesamten Landwirtschaft in den Fokus stellen. Haben es solche Konzepte jetzt schwerer?

Es wird nicht leichter werden. Ich nehme trotzdem eine breite gesellschaftliche Mehrheit wahr, die wie in der Vergangenheit durch die Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL) in

Deutschland beschlossen hat, dass wir weg von Direktzahlungen pro Hektar müssen. Stattdessen müssen wir „Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ in den Fokus stellen. Sowohl das AbL-Modell als auch das des BÖLW sind gut und miteinander verknüpfbar. Wir werden daher weiterhin vehement dafür eintreten, den Weg zu einer gerechteren Verteilung von EU-Geldern zu ebnen. Ich halte es für machbar, dafür gesellschaftliche Mehrheiten zu organisieren.

Von den Umwelt- und Naturschutzverbänden ist im Zusammenhang mit dem Rollback ein massiver Protest ausgeblieben. Wenden sie sich aufgrund mangelnder Erfolge vom Thema Agrarpolitik ab und was bedeutet das für Ihre grüne Politik in Brüssel?

Ein breiterer Widerstand der Umwelt- und Naturschutzverbände wäre wünschenswert gewesen. Allerdings gehört zur Wahrheit, dass die Bauernproteste sehr erfolgreich darin waren, Öffentlichkeit herzustellen. Die Umwelt- und Naturschutzverbände gingen weitestgehend im Lärm der Bauernproteste unter. Die konservative Mehrheit in der EU hat daraufhin sofort im Eilverfahren Fakten geschaffen. Die Umweltverbände wurden also quasi selbst vom Rollback überrollt.

Kommt dem Handel, der nach wie vor auf Nachhaltigkeitsthemen setzt und damit auch Fakten schafft, eine stärkere Bedeutung zu, wenn die politischen Handlungsspielräume begrenzt werden?

Ich sehe das zweischneidig. Die Rolle des Handels betrachten wir insgesamt kritisch. Wenn Politikversagen dazu führt, dass der Handel Maßstäbe setzt, ist das politisch ein schlechtes Zeichen. Die Politik muss klare Rahmenbedingungen schaffen; das dürfen wir nicht dem Handel überlassen, dem es vor allem um Werbeeffekte und Trends geht. Wenn Landwirte politische Richtlinien umsetzen, muss das auch wirtschaftlich honoriert werden. Ob das seitens des Handels passiert, ist fraglich. Denn wir beobachten: Die Anforderungen an Landwirte steigen, aber der wirtschaftliche Ausgleich ist nicht entsprechend.

Warum gelingt es derzeit nicht, klar zu machen, dass der Schutz der natürlichen Ressourcen auch den Schutz der



Martin Häusling in seinem Büro in Nordhessen

Foto: Schultetus

Landwirtschaft bedeutet, dass Bauern und Bäuerinnen nur ökonomisch erfolgreich wirtschaften können, wenn Klima und Artenvielfalt geschützt werden?

Viele Landwirte wissen, dass insbesondere der Klimawandel eine große Bedrohung für sie darstellt. Leider wird der Biodiversitätsverlust aber weiterhin als „Schmetterlingsthema“ abgetan. Wir müssen aber beide Krisen gleichzeitig lösen. Die Landwirte sehen derzeit mehrheitlich ihre wirtschaftliche Situation im Vordergrund. Ich hätte mir gewünscht, dass bei den Bauernprotesten auch gefordert worden wäre, konsequentere Maßnahmen zu Klima und Biodiversität umzusetzen. Denn wenn wir das nicht machen, sägt die Landwirtschaft als Hauptbetroffene am eigenen Ast.

Die Gentechnikfreiheit der Landwirtschaft in Europa ist durch den Vorstoß der Kommission in Gefahr. Wie wird die Auseinandersetzung Ihrer Ansicht nach weitergehen?

Was mich enttäuscht hat, ist, dass das Thema so wenig Aufmerksamkeit in den Medien gefunden hat. Kommission und Gentechnik-Lobby ist es gelungen, das Thema weitgehend aus der öffentlichen Debatte herauszuhalten. Im Schnelldurchgang wollten insbesondere Konservative und Liberale die Deregulierung politisch durchziehen. Das ist nun erst einmal verhindert worden. Natürlich dürfen wir uns aber nicht darauf ausruhen, dass wir die Kenn-

zeichnungspflicht und Rückverfolgbarkeit im Parlamentsbeschluss festgehalten haben. Nun liegt der Ball beim Rat. Dort liegt der Schwerpunkt der Diskussion auf Patenten. Der Vorschlag des Parlaments sagt zwar auch, dass es keine Patente auf gentechnisch veränderte Pflanzen geben darf, aber dieser Beschluss ist nichts wert, denn die EU kann das Patentrecht nicht ändern. Dem müssten die Vertragsparteien des Europäischen Patentübereinkommens zustimmen. Ich hoffe, dass das Thema nun nochmal breit in der Öffentlichkeit diskutiert wird und dass eine Mehrheit erkennt, dass die Gentechnik ihre Versprechen, insbesondere zur Anpassung an den Klimawandel, nicht halten kann.

Was nehmen Sie sich für die nächste Legislaturperiode oder zumindest für die nächste Zukunft vor?

Ich möchte weiter das Team Landwirtschaft in der Grünen-Fraktion leiten. Ich setze mich außerdem dafür ein, dass der umweltpolitische Rollback in der Agrarpolitik zurückgedreht wird und dass wir mit den Landwirten zusammen für eine klima- und biodiversitätsgerechte Landwirtschaft kämpfen. Dafür müssen wir nun Überzeugungsarbeit leisten. Drittens wollen wir unsere Konzepte für die nächste GAP darlegen und geschlossen mit allen Umwelt- und kritischen Bauernverbänden in die Verhandlungen gehen.

Vielen Dank für das Gespräch!

cs